

Laibacher Tagblatt.

Redaction und Expedition: Bahnhofsgasse Nr. 15.

Nr. 13. Pränumerationspreise:
Für Salbuch: Ganzl. fl. 8.40;
Aufstellung ins Haus wörtl. 25 kr.
Mit der Post: Ganzjähr. fl. 32.

Freitag, 17. Jänner 1879. — Morgen: Priska.

12. Jahrg.
Insertionspreise: Ein-
spaltige Zeitzeile à 4 kr., bei
Wiederholungen à 3 kr. An-
zeigen bis 5 Zeilen 20 fr.

Der Berliner Vertrag.

Das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes schritt in seiner am 15. d. abgehaltenen 413ten Sitzung zur zweiten Lesung des Berliner Vertrages.

Der Abg. Ed. Sueß erstattete den Bericht der Majorität, er wies auf die verschiedenen Ansichten hin, die bei Berathung dieser Vorlage im Ausschusse zutage traten. Während die einen auf der Ansicht beharren, daß die Kenntnissnahme des Vertrages hinreiche, gibt es andererseits viele, welche der Ansicht sind, daß nicht nur dem Hause die Competenz zur Genehmigung nicht zustehe, sondern daß es auch vortheilhafter wäre, den Vertrag zu verwerfen. Zwischen diesen beiden Extremen zeigt sich dann eine große Mannigfaltigkeit der Anschauungen über die Art, wie die Genehmigung zu ertheilen sei. Alle diese Ansichten werden auch hier im Hause ihre Vertreter finden. Das Haus wird zu urtheilen haben, was in diesem Falle gerecht, was zweckmäßig, was in der Verfassung begründet sei. Redner beschränkte sich darauf, im Sinne der Majorität des Ausschusses dem hohen Hause zu empfehlen: „Dasselbe wolle beschließen: Es sei dem Berliner Vertrage die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen.“

Hierauf ergriff der Abg. Dr. Herbst als Berichterstatter der Minorität das Wort: „Selten ist ein Gegenstand von größerer Wichtigkeit einem Ausschusse zur Vorberathung und Antragstellung vorgelegen, als derjenige, der heute den Gegenstand der Berathung bildet; selten aber oder vielleicht niemals dürfte ein Antrag einfacher gestellt worden sein, als derjenige, welcher dem Hause von der Majorität vorgelegt ward, und unglücklich ist die Motivierung, mit welcher derselbe vorgelegt wurde, denn man würde sich im Berichte des Ausschusses vergeblich auch nur nach Einem Worte der Begründung umsehen.

Ebenjowenig hat der Berichterstatter der Majorität heute zu erklären gesucht, warum der Ausschuß diesen Antrag und nur diesen stellte, sondern er hat sich auch heute begnügt, zu sagen, die Aufgabe des Berichterstatters bestehe darin, den Antrag zur Annahme zu empfehlen.

„Die Minorität sieht sich bemüßigt, kurz die Gründe anzugeben, weshalb sie ihren Antrag stellt. Es ist aber, glaube ich, meine Aufgabe, mit wenigen Worten die Bedeutung dieses Antrages, im Gegensatz zum Antrage der Majorität, den zu begründen für überflüssig gehalten wurde, zu kennzeichnen. Es schien nämlich, daß man sich nicht einfach darauf beschränken sollte, zu sagen, dem Vertrage sei die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen, daß es vielmehr Aufgabe des Hauses sei, vor dem Beschlusse zu sagen, was es bestimmt, diesem verhängnisvollen Vertrage die Zustimmung zu ertheilen. Ich bin weiter der Ansicht, daß bei einer Frage von solcher Tragweite, bei der politischen Lage, in der wir uns befinden, das Haus berufen sei, Kritik zu üben an dem, was geschehen ist. Wenn wir uns nicht dazu aufschwingen, sollte doch wenigstens die Ansicht darüber zum Ausdruck gelangen, was im Laufe der Zeit geschehen ist, und über das, was der Anfang einer langen Kette bedauerlicher Ereignisse ist, die über uns hereinbrechen können, unter Verhältnissen, welche ganz außerordentliche und unverhältnismäßige Opfer dem Lande und seinen Bürgern auferlegen. Wenn Ereignisse eingetreten sind, welche Tausende und Tausende von Menschenleben gefordert haben, abgesehen von den Millionen, welche zur Durchführung verwendet wurden; wenn wir vor außerordentlichen Opfern stehen, welche für die Zukunft erheischt werden; wenn das Feld der „vollendeten Thatsachen“, welches mit sehr vielem Erfolge von der Regierung betreten wurde, weiter und weiter von derselben betreten wird; wenn wir Tag für Tag vor neuen „vollendeten

Thatsachen“ stehen, welche gegenüber dem Verfassungrechte immer neue Fragezeichen aufstürzen, und wenn man dem Hause empfiehlt, keine Ansicht auszusprechen und nichts zu sagen, als: „Dem Vertrage wird die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt“ — dann hat der Ausschuß freilich seine Aufgabe nicht erfüllt. Wir würden schon im Interesse des parlamentarischen Lebens verpflichtet sein, dem Antrage des Ausschusses, wie er vorliegt, nicht zuzustimmen.

„Die Minorität war anderer Ansicht, sie hat sich allerdings nicht verschlossen dem Umstande, daß der Vertrag abgeschlossen wurde, daß die Ratificationen ohne Vorbehalt ausgewechselt wurden, und dies lange Zeit vorher, bevor man Zeit fand, die Vertretungskörper zur Genehmigung einzuberufen. Alles dies ist ohne Verschulden der Vertretungskörper zur Thatsache geworden, der sie sich nicht verschließen können. Wenn man denselben die Zustimmung ertheilt, so kann dies nur mit Hinweis auf die gegebenen Verhältnisse geschehen, nicht aber, weil man von der Vortrefflichkeit des Vertrages oder von dessen Vortheil für die Monarchie überzeugt ist. Das ist der eine Theil des Antrages der Minorität. Die Minorität ist aber auch nicht der Ansicht, daß es genüge, auszusprechen, es dürfe durch die Annahme des Vertrages kein Präjudiz geschaffen werden. Dieser Beschluß wäre nicht bloß werthlos, sondern auch gefährlich. Werthlos, weil ein solcher Antrag nicht geeignet ist, die Regierung abzuhalten, auf dem verhängnisvollen Wege, den sie betreten hat, weiter fortzuschreiten, auf einem Wege, wo ohne auf verfassungsmäßiges Recht Rücksicht zu nehmen und ohne alle Nothwendigkeit „vollendete Thatsachen“ geschaffen werden, vide Organisationsstatut für Bosnien, welches uns Lasten auferlegt, die wir uns scheuen würden, unseren Ländern, welche die Steuer zu zahlen haben, aufzuerlegen. Ein solcher Beschluß wäre aber auch gefährlich, denn er müßte

Feuilleton.

Der Gintag-Baron.

Humoreske von Otto Moser.

(Schluß.)

Dieses schelmisch-liebliche Lächeln traf Habakufs Herz wie milder Frühlingssonnenschein. Er hob sich zur Begrüßung der Geliebten.

Mein Fräulein, begann er, welcher glückliche Umstand verschafft mir die Freude, Sie so unerwartet hier in Bumbshausen zu finden?

Nicht mehr Fräulein, Herr Obertribunalrath, entgegnete die Goldselige. Seit gestern bin ich eine Frau und habe die Ehre, Ihnen hier meinen Gemal, den Rittergutsbesitzer von Pimperling vorzustellen, der nun einmal darauf besteht, daß wir unsere Flitterwochen im schönen Italien verleben sollen.

Also auf der Hochzeitsreise! stöhnte Habakuf und machte dazu ein schreckliches Schafsgeßicht. Gratuliere — gratuliere vom Herzen! Herr von Pimperling — freue mich —

Einsteigen! donnerte die Stimme des Ober-schaffners durch die Thür, und draußen läutete die Bahnhofsglocke zur Eile.

Der Abschied war kurz. Pimperlings verschwanden in einem reservierten Coupé, und der Obertribunalrath forderte sein Gepäck, denn er wollte mit dem nächsten Zuge wieder nach Hause fahren.

Groll im Herzen gegen sich und die ganze Welt, stieg er in den Bahnzug, welcher ihn heimwärts führen sollte. Jetzt schloß er auch die Augen, als der Zug dahin brauste. Aber die Bilder, welche vor seiner Seele schwebten, waren ganz anderer Art, wie die vorigen, welche ihm Rosa Riemschneider als geliebtes Weibchen in Gesellschaft einer Gruppe kleiner Piependeckel vorgeführt hatten.

Voll übler Laune kam er wieder in der Hauptstadt an, als die Sonne zur Rüste ging. Er bestieg eine Droschke und fuhr nach seiner Wohnung. Dort war alles still und stumm und die Saalthür unvergeschlossen.

Den Obertribunalrath beschlich eine bange Ahnung. Was war hier geschehen, weshalb er-

schien Görgel nicht, und wo kam das Wirrsal von Flaschen, Tellern und Speiseresten auf dem Tische des Vorsaales her? Zögernd öffnete er die Thür zu seinem Wohnzimmer, und hier bot sich ihm ein Anblick, den er allerdings im Leben nicht erwartet hatte. Tische und Stühle lagen theilweise umgestürzt, und vor dem Sopha, in seinen Schlafrock gehüllt, erblickte er Görgel in einer Umgebung von Gegenständen, die eine Frage ob dieser wunderlichen Erscheinung überflüssig machten.

Der Obertribunalrath rang die Hände. Görgel, Görgel, was ist geschehen? brachte er mit Mühe über die bebenden Lippen.

Was — Görgel — du Schafskopf, siehst du nicht, daß ich der Obertribunalrath Baron Habakuf bin? stammelte der Betrunkene. Guten Tag, Major — noch ein Fläschchen! Ha ha ha — Görgel, wo steckst du Schuft? Bringe noch ein Fläschchen Sect, denn der Major kann saufen wie ein Loch! Komm her, Bruderherz, reich mir die Hand — und hilf mir ein bißchen beim Aufstehen!

Was war hier zu thun? Ein Glück, daß die

die Meinung erwecken, als ob, wie es wirklich die Ansicht des Berichterstatters der Majorität zu sein scheint, bei Annahme der Adresse kein anderes Bedürfnis vorgewaltet hätte, und als ob es genügen würde, wenn wir überhaupt jetzt in die Möglichkeit versetzt werden, den Beschluß zu fassen, es sei dem Vertrage die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen. Nein, das war nicht die Absicht, welche man hatte, als die Adresse beschlossen wurde. Allerdings betonte die Adresse, und zwar wiederholt, daß eine Reihe von Ereignissen herbeigeführt wurde, ohne daß die Vertretungskörper Gelegenheit gehabt hätten, sich über die Richtung der Politik auszusprechen; aber daß man dabei bloß die formelle Möglichkeit im Auge hatte, dem Vertrage die Zustimmung zu erteilen, dem widerspricht der klare Sinn und Wortlaut der Adresse."

Der Redner citirt jene Stelle der Adresse, in welcher davon gesprochen wird, daß die Geschichte des Reiches „in völlig neue gefährvolle Bahnen“ gelenkt wurden. Sind diese Bahnen nun weniger gefährvoll, als sie vor zwei Monaten gewesen sind? Wenn ferner die Adresse ausdrücklich erklärt, daß es noch unaufgeklärt sei, ob nicht doch die Erwerbung fremden Gebietes eingeleitet werden soll, und daraus schließt, das Abgeordnetenhaus halte es für seine Pflicht, heute schon hervorzuhellen, welche neuen Wirren in staatsrechtlicher Beziehung und welche Gefahren in finanzieller Beziehung aus einer derartigen Action hervorgehen — kann man daraus schließen, daß das Abgeordnetenhaus nichts anderes ausgesprochen habe, als daß es die formelle Möglichkeit haben wolle, dem Berliner Vertrage seine Zustimmung zu erteilen? Und hat sich darin etwas geändert? Vielleicht liegt darin eine Beruhigung, daß in der Delegation erklärt wurde, daß die Annexion nicht stattfinden und daß jedenfalls zu allem, was geschieht, die verfassungsmäßige Zustimmung eingeholt werden soll. Aber wie sah die Zusicherung aus, welche dem Finanzausschusse der Delegation gegeben wurde!

Der Minister des Aeußern hat auf die Frage, wann die Occupation aufhören solle, in der Delegation eine Reihe von Gefahren angegeben, welche erst beseitigt werden müssen; so die Gefahr, Dalmazien zu verlieren, die Gefahr einer südslavischen Formation, wenn wir nicht mehr dem Uebertritte von Christen und Muselmanen ausgegesetzt sein werden, deren Ernährung uns obliegt — nebenbei bemerkt, — die wir jetzt, wenn sie zurücktreten, ebenso ernähren, als wenn sie übertreten wären — kurz, in dem Momente, wo der Antagonismus der Rassen und Bekenntnisse im Orient aufgehört hat, wo mit einem Worte die

Droschke noch vor dem Hause hielt. Mit Hilfe des Kutschers wurde Görgel in sein Bett gebracht. Baron Habakuk konnte vor Aerger und Aufregung die ganze Nacht kein Auge schließen.

Warum hat sie oder der alte Hiemtschneider mir auch damals, wie ich sie kennen lernte, nicht gesagt, daß sie Braut war, brummte er am Morgen beim Aufstehen. Na — jetzt wird aber geheiratet, und sollte ich mir eine Frau mit eigenen Händen aus dem Mittelpunkte der Erde herauskragen.

Zerknirscht kam Görgel ins Zimmer geschlichen. Er hat wehmüthig um Gnade und legte ein ehrliches Geständnis ab, daß er zu der vergangenen Dummheit nur durch den Trieb veranlaßt worden sei, einmal den Baron zu spielen.

Der Tribunalrath vergab ihm den dummen Streich, aber zwei Monate später beging er selbst einen. Er heiratete nämlich die verwitwete Kriegsräthin Feldmaus, doch soll er, dem Vernehmen nach, mit ihr so glücklich leben, wie dies einem fausten Manne an der Seite einer Gattin, welche im Hause die Hosen anhat, möglich ist.

(Velletr. Pr.)

Orientfrage nicht mehr existiert. Das ist die Antwort. Das ist jene Beruhigung, die uns darüber gewährt werden sollte, daß eine Annexion nicht beabsichtigt sei.

Wenn das hohe Haus sich am 5. November v. J. verpflichtet fühlte, schon damals hervorzuhellen, welche neuen Wirren in staatsrechtlicher Beziehung und welche überaus ernste Gefahren in finanzieller Beziehung aus einer solchen Action nothwendig hervorgehen müssen — ist dann das Abgeordnetenhaus heute nicht mehr dazu verpflichtet? Oder sollte es wirklich wahr sein, daß das Abgeordnetenhaus, welches den Muth hatte, an den Stufen des Thrones freimüthig seine Ansicht auszusprechen, diesen Muth in dem Momente verliere, wenn es sich darum handelt, einem mächtigen Minister gegenüber seine Ansicht auszusprechen? Einen andern Unterschied zwischen der damaligen und der jetzigen Situation finde ich nicht. Wenn das Abgeordnetenhaus damals sagte, es sei verpflichtet, „schon derzeit“ seine Besorgnisse auszusprechen, so möchte ich wissen, warum es jetzt nicht mehr dazu verpflichtet wäre, ja warum es Sr. Majestät mit dieser Adresse behelligt hat?

Redner schreitet nun zur Wiederlegung des Berichtes der Majorität. Der Berichterstatter der Majorität sagt, es sei sogar von einer Seite im hohen Hause die Erklärung abgegeben worden, daß dieselbe (Seite) aus dem Grunde der Adresse zustimme, weil sie mit der Occupation einverstanden sei. Diese Erklärung wurde aber von einem einzigen Mitgliede nur im eigenen Namen, aber nicht im Namen einer ganzen Partei oder Fraktion abgegeben. 160 Mitglieder haben für die Adresse gestimmt; Ein Mitglied hat diese Erklärung abgegeben, 159 nicht. Die Erklärung dieses Einen hochachtbaren Mitgliedes soll Grund dafür sein, daß wir uns jetzt nicht aussprechen?

„Die Majorität stützt sich weiter darauf, daß in der Adresse von „neuen staatsrechtlichen Wirren“, im Minoritätsantrage dagegen von „dauernden“ staatsrechtlichen Wirren die Rede sei. Nun, wenn zu den bisherigen Wirren — und wir haben deren wahrhaft genug — noch neue hinzukommen, so werden sie ja eben dadurch dauernd, und dafür, daß dies geschieht, sorgen unsere und die gemeinsame Regierung alle Tage. Ich mache abermals auf die bosnischen Verwaltungsmaßnahmen aufmerksam.

„Der Berichterstatter wirft uns auch vor, daß wir keine Vorschläge machen, und sagt, es sei doch besser, sich lieber so rasch als möglich der Frage zuzuwenden, wie diese Verhältnisse zum möglichsten Vortheile des Landes gestaltet werden können. Man müßte hienach glauben, die Majorität habe sich das ungeheure Verdienst erworben, solche Anträge zu stellen. Sie stellt aber bloß den Antrag, dem Vertrage die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen. Das ist die Panacee für alles, damit kommt sie über alles hinaus.

„Die Minorität hält dafür, daß es eine heilige Verpflichtung ist, unter so außerordentlich schwierigen Verhältnissen sich nicht mit bloßen Formalitäten zu beschäftigen; sie hält dafür, daß der Antrag der Majorität nichts anderes als eine Formalität sei; sie hält dafür, daß, abgesehen von der ganz allgemeinen Verpflichtung in der Adresse die Verpflichtung übernommen worden sei, nachdem der gemeinsamen Regierung die Möglichkeit gegeben worden, sich über die angeblichen Vortheile der auswärtigen Politik auszusprechen, ein Urtheil abzugeben. Wenn die Majorität der Ansicht ist, daß die Politik für Oesterreich eine richtige ist, warum spricht sie dies nicht aus? Wir sind der Ansicht, daß diese Politik den österreichischen Interessen nicht förderlich ist. Auf das Recht der Kritik verzichten, wie es die Majorität des Ausschusses thut, das hieße vonseite des Abgeordnetenhauses abdiciieren. Es ist eine schwierige Zeit für den

Parlamentarismus nicht bloß in Oesterreich, sondern in ganz Europa. Es soll das freie Wort des Einzelnen beschränkt werden. Aber eine noch größere Missethat wäre es, wenn das Abgeordnetenhaus selbst auf das freie Wort verzichtete.“

Zur Ministerkrise.

Ueber den Stand der Ministerkrise erfährt die „Bohemia“ aus Wien, daß, so positiv auch in gut unterrichteten Kreisen die Nachricht von dem definitiven Rücktritte des Cabinets Auersperg austritt, man doch die weitere Entwicklung abwarten müsse, da mit diesem negativen Resultate die Sicherheit eines weitem positiven Resultates noch nicht gegeben ist und man nicht wissen kann, ob nicht im letzten Momente ein an den altbewährten Patriotismus des derzeitigen Chefs des Cabinets gerichteter Appell die frühere Combination wieder aufleben macht. Zu der Rolle eines bloßen Uebergangsmministeriums, die einige Organe dem künftigen Cabinet zuerkennen wollen, wird sich das derzeitige Ministerium kaum bereit finden lassen, denn in seiner siebenjährigen Vergangenheit liegt für dasselbe kein Anlaß, seine provisorische Stellung noch weiter zu verlängern. Jedoch auch ein neues Cabinet wird sich schwerlich aus ausgeprägten politischen Charakteren für eine solche Mission finden lassen, und es ist überhaupt noch mehr als fraglich, ob eine solche Schöpfung, welche die innere Entwicklung in empfindlicher Weise berühren müßte, überhaupt auch nur in den Absichten der in letzter Instanz entscheidenden Kreise liegt.

Das „Maulkorb“-Gesetz.

Nach Bericht der „Weser Ztg.“ bezweifelt man in parlamentarischen Kreisen, daß der Gesetzentwurf über die Strafgewalt des Reichstages im Bundesrathe die Majorität finden werde, vielmehr hält man es für gar nicht unwahrscheinlich, daß derselbe bereits von dieser Instanz abgelehnt oder wenigstens seiner einschneidendsten Bestimmungen entkleidet wird. Man will bereits zuverlässige Anzeichen haben, daß eine Anzahl von Regierungen sich gegen die Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit erklären werde. Es werden namentlich die süddeutschen Bundesstaaten, Sachsen, die Hansestädte und einzelne kleinere Regierungen genannt. Da der Gesetzentwurf unstrittig eine Verfassungsänderung in sich schließt, so würden 14 Stimmen im Bundesrathe genügen, denselben zu Fall zu bringen.

Tagesneuigkeiten.

— Schulbücher für Bosnien-Herzegowina. Laut Erlaß des gemeinsamen Ministeriums vom 31. Dezember 1878 ist der Wiener Schulbuchverlag mit den für den ersten Schulunterricht der kroatischen (katholischen) und der serbischen (griechisch-orientalischen) Schuljugend in Bosnien-Herzegowina erforderlichen Büchertexten in ausreichendem Maße versehen, und werden die Gemeindebehörden, Schulvorsteher u. d. h. dahin verständigt, sich im Bedarfsfalle, ebenso wegen Gratislieferung von diesen Büchern, an die Stationskommanden zu wenden, welche die Gesuche weiterleiten werden. Die Schulbücher sind dieselben, welche in den Volksschulen in Kroatien, Slavonien, Dalmazien und der Militärgrenze im Gebrauch stehen. Desgleichen werden die Kirchenbücher für die katholischen und griechisch-orientalischen Gemeinden vom Wiener Schulbuchverlag geliefert.

— Gemeindefinanzlagen. Nach den für das Jahr 1879 genehmigten Präliminarien betragen die Gemeindefinanzlagen: in Innsbruck 150, in Bozen 150, in Brixen 35, in Salzburg 60 und in Klagenfurt 25 Prozent.

— Existenz der Bettelmönchorden. Vor einiger Zeit wurde, wie die „Bohemia“ erzählt, viel von einer Ministerialverfügung gesprochen, welche die Bettelorden des heiligen Franciscus in ihrer Existenz bedrohte, respective auf den Aussterbe-Etat setzen sollte. Es wurde nämlich erwogen, ob die den Ordensmitgliedern seit nahezu einem Jahrhundert aus dem Religionsfonde ausbezahlten Gehalte von 200 fl. per Jahr für ein Mitglied auch in der Folge zu bewilligen seien. Man beabsichtigte, den Eintritt neuer Mitglieder unter Bezug dieses Gehaltes nicht mehr zu bewilligen. Vorstellungen höherer kirchlicher Behörden, welche gerade in der jetzigen Zeit des Priestermangels die Anshilfe in der Seelsorge durch Ordenspriester doppelt schätzen lernten, haben aber dazu geführt, daß von jeder Maßregel gegen die Orden der Franziskaner und Kapuziner abgesehen und der Fortbezug der Gehalte, respective die Aufnahme von Novizen ungeschmälert bleibt. Von höchstem Einflusse auf diese Wendung der Affaire war eine Immediat-Vorstellung beim Kaiser, welche allen Erfolg hatte. Die Summe, um die es sich dabei handelte, beträgt 44,800 fl.

— Jagdergebnis. Im Jahre 1877 wurden in Niederösterreich abgeschossen: 1005 Stück Edelhirsche, 105 Damhirsche, 118 Gamsen, 431 Wildschweine, 222 Auerhühner, 17,089 Fasanen, 6420 Rehe, 151,447 Hasen, 76,156 Rebhühner, 25,240 verschiedenes Federwild; an schädlichem Wild: 13,217 Stück vierfüßige Raubthiere, 23,801 Raubvögel und 8744 Kaninchen.

— Post in Serajewo. Am 15. d. langte in Serajewo die erste Post mit Pferden von Brod an und brachte die Post vom 10. Jänner aus Wien. Zur Tour von Brod nach Serajewo waren diesmal weniger als 70 Stunden erforderlich. Von Serajewo aus wird die Post ebenso befördert, so daß die dortige Verbindung mit Europa jetzt gegen früher um fünf Tage abgekürzt ist.

— Friedensvertragsabschluss. Die russisch-türkischen Friedensverhandlungen sollen noch im Laufe dieser Woche zum Abschlusse gelangen. Sowol türkischer- wie russischerseits spricht man sich diesbezüglich sehr zuversichtlich aus.

— Große Feuersbrunst. In einem in Newyork auf dem Broadway gelegenen großen Kleidermagazine kam eine Feuersbrunst zum Ausbruche, welche einen Schaden von zwei Millionen Dollars verursachte.

— Brand einer werthvollen Bibliothek. In Birmingham brannte am letzten Samstag das Birmingham and Midland Institut bis auf die äußern Mauern ab. Das Feuer brach in der in dem Gebäude befindlichen Free Reference Library aus und zerstörte nicht allein diese über 80,000 Bände zählende Bibliothek, sondern auch die weltbekannte Shakespeare-Bibliothek, welche den Stolz der literarischen Kreise Birminghams gebildet. Diese Bibliothek war die vollständigste Sammlung von Folios, Kritiken und Uebersetzungen von Shakespeares Werken und enthielt nicht weniger als 8000 Bände, von denen nur wenige gerettet werden konnten. Der größte Theil der Sammlung ist unersetzlich. Die Referencebibliothek umfaßte viele seltene Manuscripte und alte Editionen. Die Cervantesammlung, die fast jede bekannte Edition des spanischen Dichters umfaßte, sowie eine große Sammlung von Stahl- und Kupferstichen im Werthe von 3000 Pfd. Sterl. sind mitverbrannt. Das Gebäude war bis zur Höhe von 24,000 Pfd. Sterl. versichert, aber der angerichtete Schaden ist viel bedeutender. Der Brand entstand, wie es heißt, durch die Unvorsichtigkeit eines Gasarbeiters, der in dem Gebäude mit dem Aufthauen der eingefrorenen Gasröhren beschäftigt war.

Lokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Reichsgerichtsverhandlung.) Die zwischen dem Lande Krain und der Staatsverwaltung schwebende Rechtsache, betreffend die Zahlung

eines jährlichen Beitrages von 1293 fl. 60 kr. aus Staatsmitteln an den krainischen Normal-Schulfond, worüber die Verhandlung vor dem k. k. Reichsgerichte am 22. Jänner l. J. hätte stattfinden sollen, ist durch gütliches Uebereinkommen geordnet worden, indem das Unterrichtsministerium die Anweisung dieses Betrages der von dem Landesausschusse gestellten Klage gemäß angeordnet hat.

— (Verwaltungsgerichtshof.) Am 23. d. um 11 Uhr vormittags findet vor dem k. k. Verwaltungsgerichtshofe in Wien die öffentliche mündliche Verhandlung in der Streitsache der Erben nach Dr. Nikolaus Weher gegen die k. k. Finanzdirection in Laibach wegen Einkommensteuerbemessung von Pseudobriefen statt.

— (Berufsreise.) Wie einige Wiener Blätter melden, haben sich mehrere Länderchefs in Folge kaiserlicher Berufung nach Wien begeben. Der Herr Landespräsident N. v. Kallina ist mit dem gestrigen Schnellzuge nach Wien abgereist.

— (Strafvollzugskosten.) Bei den Gerichtshöfen in Krain wurde der für die Vollstreckung des Strafurtheiles zu leistende Kostenersatz für das Jahr 1879 per Kopf und Tag mit 32 kr., bei den Bezirksgerichten im Sprengel des Laibacher Landesgerichtes auf 6 1/2 kr. und im Sprengel des Rudolfswerther Kreisgerichtes auf 39 kr. festgesetzt.

— (Ehrenbürgerrechts-Verleihung.) Der Gemeindeauschuß von Großgaber im Gerichtsbezirke Sittich und im politischen Bezirke Littai hat den Herrn Bezirkshauptmann Dr. Julius Ritter v. Besteneck in Littai in Anerkennung seiner Verdienste um das Gemeinwohl in Großgaber zum Ehrenmitgliede ernannt und dem genannten Bezirkshauptmann vor kurzem das bezügliche, schön ausgestattete Diplom durch eine Deputation überreichen lassen.

— (Verein „Edelweiß“.) Wie bekannt, hat die Landesregierung für Krain die Statuten des Geselligkeitsvereines „Edelweiß“ in Laibach genehmigt. Samstag den 18. d. abends findet in den Restaurationslokalitäten des Herrn Weber am Alten Markt eine Mitgliederversammlung statt. Sämmtliche in Laibach und Umgebung domicilirenden Alpenfreunde aus Krain, Kärnten, Steiermark und Oberösterreich wurden eingeladen, diesem Vereine beizutreten. Zweck dieses Vereines ist: gemüthliche Unterhaltung im Winter und Gebirgsausflüge im Sommer.

— (Landwirthschaftlicher Wanderlehrer.) Im Ausschusse der Landwirthschafts-Gesellschaft für Krain wurde die Frage in Behandlung genommen, ob nicht der an der Landes-Obst- und Weinbauschule in Slay bestellte Direktor bereit wäre, die Functionen eines Wanderlehrers auf dem Gebiete des Obst- und Weinbaues in den Bezirken Unterkrains zu verrichten.

— (Zu den Alterthumsfunden in Krain.) Die Grazer „Tagespost“ erhielt mit Bezug auf unsere, unter dem Stichworte: „Ein quid pro quo“ am 13. d. gebrachte Notiz folgende Zuschrift: „Hinsichtlich der Alterthumsfunde von Watsch und Wochwin in Krain berichtigt sich von selbst der Druckfehler in einer unlängst gebrachten Notiz „vom 16. bis 19. Jahrhunderte“ dahin, daß „vor 16 bis 19 Jahrhunderten“ die heimische Industrie thätigkeit entwickelt wurde. Als Ausgrabungs-unternehmer und Forscher ist aber in erster Reihe zu nennen das krainische Landesmuseum und der höchst verdienstvolle Gelehrte Karl Deschmann. Die Zeichnungen des Joanneums sind nicht infolge eines Auftrages erworben worden, sondern sind ein freies Geschenk des Zeichners, und mit der Ausstellung eben dieses Geschenkes wollte das Joanneum viel mehr auf die Verdienste und den Werth der krainischen Forscher und Funde hinweisen, als eine Publication schädigen oder irgend jemandes Verdiensten zu nahe zu treten. Das Detail über die genannten Funde findet der Fachmann im jüngsten Vortrage Deschmanns, abgedruckt im „Laibacher Tagblatt“ 1879 Nr. 8.“

— (Faschingschronik.) Zu dem am 15. Februar in den Sälen der früheren Schießstätte stattfindenden Handelsballe trifft das Comité, welches aus den Herren Benj. Janeschitz, Zuvancic, Karinger, Vesovic (Obmann), Richard Mayer, Schantel, Ernst Stöckl und Till besteht, bereits Vorbereitungen, und verspricht dieses Ballfest seinen Vorgängern in früheren Jahren an Glanz nicht nachzustehen.

— (Der Handels- und Geschäftswelt) zeigen wir an, daß vom hiesigen Landespräsidium pro 1879 behufs Bekanntmachung der Eintragungen in das Laibacher Handelsregister die „Wiener“, „Laibacher“ und „Triester Zeitung“, für Bekanntmachung der Eintragungen in das Genossenschaftsregister die „Laibacher Zeitung“ bestimmt wurden.

— (Zur Handelsstatistik.) Im Verlaufe des Jahres werden im Lande Krain Fahr- und Viehmärkte abgehalten, und zwar im Stadtbezirke Laibach 5 Fahr- und 12 Viehmärkte; in Gerichtsbezirke Adelsberg 1 Fahr- und 6 Viehmärkte, im Gerichtsbezirke Feistritz 13 Fahr- und Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Senofetsch 4 Fahr- und 8 Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Wippach 15 Fahr- und 2 Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Gottschee 29 Fahr- und 7 Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Großlaskiz 11 Fahr- und Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Refniz 8 Fahr- und 3 Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Gurkfeld 24, im Gerichtsbezirke Landstraß 14, im Gerichtsbezirke Rassenfuß 23, im Gerichtsbezirke Ratschach 25, im Gerichtsbezirke Krainburg 9 Fahr- und Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Bischoflack 17 Fahr- und 2 Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Neumarkt 4 Fahr- und Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Umgebung Laibach 20, im Gerichtsbezirke Oberlaibach 17, im Gerichtsbezirke Littai 35, im Gerichtsbezirke Sittich 33 Fahr- und Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Idria 19, im Gerichtsbezirke Saas 8, im Gerichtsbezirke Loitsch 26, im Gerichtsbezirke Kronau 7, im Gerichtsbezirke Radmannsdorf 16 Fahr- und Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Rudolfswerth 18 Fahr- und 13 Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Seisenberg 13 Fahr- und 4 Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Treffen 14 Fahr- und Viehmärkte; im Gerichtsbezirke Egg 25, im Gerichtsbezirke Stein 20, im Gerichtsbezirke Möttling 10 und im Gerichtsbezirke Tschernembl 16 Fahr- und Viehmärkte; zusammen im Lande Krain 20 Fahr-, 55 Vieh-, 481 Fahr- und Vieh-, insgesammt 556 Märkte.

— (Berpflegung kranker Occupationstruppen.) Das Reichskriegsministerium hat betreffs der Vorsorgen, welche für die Unterbringung der Kranken der Occupationstruppen im Innern der Monarchie während des Winters 1878/79 nothwendig erscheinen, folgendes verfügt: Ein Krankenabshub in die entfernteren Militär-Territorialbezirke Preßburg, Kaschau, Wien und Brünn wird nicht in Aussicht genommen. Es wurde daher auch die Kranken-Halsstation im Artillerie-Arsenale in Wien gänzlich aufgelassen; ebenso wurden die in den obgenannten Militär-Territorialbezirken zur Aufnahme von Kranken der Occupationstruppen noch in Bereitschaft gewesenen Militärspitäler in das normale Verhältnis rückversetzt, und zwar derart, daß die speziell der Krankenzerstreuung gewidmet gewesenen Unterkünfte sammt Einrichtung noch bis auf weiteres für diesen Zweck reserviert sind, das behufs der Erweiterung des Normal-Belegraumes angestellte Personal aber in das nichtactive Verhältnis rückversetzt wurde. Zu Zwecken der Krankenzerstreuung bleiben sonach nebst den Sanitätsanstalten in den Militär-Territorialbezirken Ugtau und Zara bis auf weiteres nur das Garnisonsspital Nr. 16 in Pest, dann die Spitäler in den Militär-Territorialbezirken Triest und Graz bereit, welche dieser Bestimmung gemäß, entsprechend erweitert wurden. Bei jenen Sanitätsabtheilungen, bei welchen Mannschaftsbeurlaubungen eintreten, ist diesfalls stets das gesammte verfügbare Personal in Betracht zu ziehen, damit sowol Unteroffiziere als

Soldaten nach der Reihe des Dienstalters vom ältesten Affent-Jahrgange angefangen zur Beurlaubung gelangen. Dem Generalkommando in Agram wurde das Recht eingeräumt, die Kranken, welche im eigenen Territorialbezirke nicht untergebracht werden können, in die Spitäler zu Pest, Klagenfurt, Biettau, Marburg und Laibach abzuschieben. Der Transport der Schwerkranken erfolgt mittelst der Sanitätszüge, deren Instruktion das Generalkommando in Agram veranlaßt.

— (Aus der Bühnenswelt.) Der Schauspieler Herr van Hell gastierte dreimal auf der Klagenfurter Bühne und eröffnet ein kurzes Gastspiel in Graz.

Zur Landtagsession 1878.
(Aus der 11. Sitzung.)

Der Abg. Bürgermeister Laschan stellte gelegentlich der Debatte über die von dem Abg. Dr. v. Bestenek und Genossen eingebrachte Volksschulgeseznovelle folgenden Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen: Die vorliegende Schulgeseznovelle ist an den Schulausschuß mit dem Auftrage zurückzuleiten, dieselbe in Bezug auf die Ernennung der Lehrer der Volksschulen der Landeshauptstadt Laibach dahin abzuändern, daß der Stadtgemeinde Laibach, insofern dieselbe in Gemäßheit des Artikels 7 des Gesetzes vom 19ten Dezember 1874 (L. G. Bl. Nr. 37) und des § 1 des Gesetzes vom 26. Oktober 1875 (L. G. Bl. Nr. 27) die Errichtung und die Bedürfnisse ihrer Volksschulen aus eigenen Mitteln bestreitet, das bisher zustehende Präsentationsrecht gewahrt werde.

Abg. Freiherr v. Apfaltrern ergreift das Wort:

Als ich mir erlaubt habe, das Wort zu erbitten, war es meine Ansicht, mich zunächst und hauptsächlich gegen die Anträge zu wenden, welche der Herr Abg. Laschan dahin gestellt hat, daß das Gesetz dem Schulausschuße zu dem Zwecke rückgewiesen werde, um in demselben das Präsentationsrecht der Stadtgemeinde Laibach in dem Sinne zu wahren, wie ihn sein Antrag des nähern ausdrückt. Die Gründe, auf welche er diesen Antrag und insbesondere den dadurch zum Ausdruck gekommenen Wunsch, das Präsentationsrecht der Stadt Laibach gewahrt zu sehen, stützt, haben die drei Gesichtspunkte in sich gefaßt: 1.) daß die Stadt Laibach mit den Bedürfnissen ihrer Schule ohne Inanspruchnahme des Landes allein aufkommt; 2.) daß die Besorgung obwaltet, daß durch den Landesschulrath — an welchen die Ernennung der Lehrer für die Stadt Laibach zugewiesen würde — Lehrkräfte der Stadt Laibach zugewiesen würden, welche ihr nicht convenieren, und 3.) weil in der derzeitigen Gesetzgebung der Stadt Laibach das Präsentationsrecht gewahrt ist.

Ich werde mir erlauben, auf diese drei Punkte zu antworten, und zwar nicht bloß auf Grund meiner Anschauungen, sondern auf Grund dessen, was über einen ähnlichen Antrag, der sehr speziell und eingehend im Ausschusse besprochen wurde, an Ansichten im Ausschusse zutage getreten ist. Was den Grund anbelangt, daß die Stadt Laibach mit dem materiellen Bedarfe für ihre Schule vollkommen durch die städtischen Mittel aufkommt, so ist das ein vollkommen zutreffender Grund, insofern, als derselbe in der Thatfache selbst seine volle Berechtigung hat. Ich glaube jedoch, daß ganz derselbe Grund für die Gesamtheit aller übrigen Schulen sprechen würde, denn eben so gut, als die Stadt Laibach für den materiellen Bedarf ihrer Schulen durch ihre Mittel aufkommt, ebenso kommt das ganze Land mit den Mitteln auf, welche die Ansprüche sämtlicher Schulen an materiellen Kräften erfordern. Es ist nämlich zu bemerken, daß die Stadt Laibach von der Umlage für die Zwecke des Normalschulfonds nicht getroffen wird, daß sie somit zu den Schulen des übrigen Landes in keiner Weise irgend etwas beiträgt.

Wenn wir nun die materielle Leistung selbst in Betracht ziehen, so darf nicht übersehen werden, daß das Resultat beiderseits ein gleiches ist, die Anstrengung aber, welche zur Erzielung dieses Resultates führt, ist eine vonseits des übrigen Landes um ein gutes Drittel größere, als jene der Stadt Laibach.

(Fortsetzung folgt.)

Witterung.

Laibach, 17. Jänner.

Vormittags dichter Nebel, nachmittags etwas gelichtet, Sonnenschein, sehr schwacher SW. Temperatur: morgens 7 Uhr — 7.2°, nachmittags 2 Uhr — 3.0° C. (1878 + 2.0°; 1877 + 4.9° C.) Barometer im Steigen, 736.63 mm. Das gestrige Tagesmittel der Temperatur — 3.9°, um 1.6° unter dem Normale.

Angekommene Fremde

am 16. Jänner.

- Hotel Stadt Wien. Wraslav und Kap, Kiste, Wien.
- Hotel Elefant. Plan und Fabiani, Kiste, Wien. — Jonash, Kfm., Aalen. — Dufat, Keis., Pest.
- Hotel Europa. Reisinger, Privat, Graz.
- Sternwarte. Trost, Keis., Pola.
- Wahren. Lamprecht, Billach. — Schwabeniz, Agram. — Podlesnit Agnes, Steinbrüdl.

Verstorbene.

Den 16. Jänner. Maria Plewnit, Südbahnmagazins-Bedienstetengattin, 40 J., Nuthal Nr. 29, Pneumonia. — Theresia Blah, penf. Dieners-Witwe, 78 Jahre, Petersstraße Nr. 3, Lungentuberculose.

Im Zivilspitale

vom 1. bis inclusive 10. Jänner.

- Am 2.: Johann Foglaj, Südbahn-Magazinswächter, 63 J., Gehirnerschütterung; Anton Strelj, Schleißer, 22 J., Lungentuberculose. — Am 3.: Jakob Matičič, Inwohner, 73 J., Lungentuberculose; Maria Weznar, Inwohnerin, 74 J., Tetanus. — Am 4.: Franz Gerkmann, Arbeiter, 24 J., Lungentuberculose; Johanna Marković, Magd, 29 J., Pneumo-Typhus. — Am 5.: Barbara Frajtnit, Schuhmachersfrau, 60 J., Entzündung. — Am 6.: Ludwig Sesar, Dienbotenkind, 5 Monate, Bronchitis. — Am 9.: Gertraud Mijec, Arbeiterfrau, 42 J., Lungentuberculose. — Am 10.: Helena Rončan, Arbeiterin, 6 J., Keuchhusten; Maria Dolinar, Inwohnerin, 50 J., Paralyse.

Gedektafel

über die am 21. Jänner 1879 stattfindenden Licitationen.

- 3. Feilb., Kern'sche Real., Prädajal, Krainburg. — 3. Feilb., Meglic'sche Real., Susie, BG. Sittich. — 3. Feilb., Vercur'sche Real., Vojansverh, BG. Sittich. — 3. Feilb., Tomc'sche Real., Kleingaber, BG. Sittich. — 3. Feilb., Hauptmann'sche Real., St. Veit, BG. Sittich. — 3. Feilb., Prast'sche Real., Sittich, BG. Sittich. — 3. Feilb., Vercon'sche Real., Slap, BG. Wippach. — 3. Feilb., Polskal'sche Real., Erzgel, BG. Wippach. — 2. Feilb., Šček'sche Real., Gradise, BG. Wippach. — 2. Feilb., Krizaj'sche Real., Mautersdorf, BG. Adelsberg. — 2. Feilb., Vont'sche Real., Cepno, BG. Adelsberg. — Reaff. 3. Feilb., Pavlic'sche Real., Branica, BG. Wippach. — 2. Feilb., Selarn'sche Real., Fejtriz, BG. Fejtriz. — 2. Feilb., Kastel'sche Real., Sambije, BG. Fejtriz. — 2. Feilb., Vercon'sche Real., Gradise, BG. Wippach. — 2. Feilb., Kontel'sche Real., Kal, BG. Adelsberg. — 1. Feilb., Herzen'sche Real., Munkendorf, BG. Landtraß. — 3. Feilb., Simsic'sche Real., Kallensfeld, BG. Adelsberg. — 1. Feilb., Supandic'sche Real., Dretschwerch, BG. Rajensub. — 1. Feilb., Kalinski'sche Real., Primskau, BG. Krainburg.

Theater.

Heute (gerader Tag):

Erstes Auftreten der Frau Agnes Ludwig nach ihrer Wiedergenesung.

Frauentampf.

Lustspiel in 3 Acten nach Scriver von Ubers.

Diesem geht vor:

Salon Figelberger.

Romische Operette in 1 Act von Jacques Offenbach.

Telegramm.

Versailles, 16. Jänner. Eine in den Kammern verlesene ministerielle Erklärung besagt, die Regierung finde in den Wahlen vom 5. Jänner

die Billigung ihrer Politik der Eintracht. Sie werde dieselbe äußere Politik auch weiterhin befolgen; das Land will den Frieden, aber unter der Bedingung, nichts an seiner Würde einzubüßen. Unsere Bemühungen werden auf Aufrechterhaltung des Friedens und Ausführung des Berliner Vertrages gerichtet sein. Die zwischen der Republik und allen übrigen Staaten bestehenden Beziehungen der Freundschaft und des Vertrauens haben nicht aufgehört. Mit den blinden Werkzeugen des Commune-Aufstandes muß man Erbarmen haben; der Präsident begnadigte seit dem 14. Dezember 1877 1542 Personen; die Gnadenkommission in Beendigung ihres heilsamen Werkes erließ 2225 Verurtheilten die Strafe. Die Regierung wird die republikanischen Institutionen schützen; sie besteht auf schleuniger Berathung der Zolltarifgesetze wegen Erneuerung der Handelsverträge, kündigt weiter Gesetzentwürfe an, worunter die Restitution des Rechtes der Verleihung der Grade an den Staat. Das Gesetz über die großen Militärkommanden wird streng durchgeführt. Ein Gesetzentwurf wird die Verwaltung Algiers regeln. — Die Erklärung wurde im Senate von der Linken beifällig, von der Rechten lautlos, in der Kammer kalt aufgenommen. Der Senat wählte den General-Admiral (Rechte) zum vierten Vizepräsidenten.

Als Wirthschafterin

wünscht eine Frau in mittleren Jahren in ein solides Haus bei einem älteren Herrn, Geistlichen oder Wittwer unterzukommen. (41)

Postexpeditorin.

Bei dem gefertigten k. k. Postamte wird eine geprüfte und bewährte Postexpeditorin, welche sich mit den besten Zeugnissen ausweisen kann und im Postmanipulationsdienste sehr gut befähigt ist, bis 30. Jänner l. J. aufgenommen. Bedingnisse näher schriftlich. (40) 2—2

K. k. Postamt Munkendorf
am 14. Jänner 1879.

Wiener Börse vom 16. Jänner.

Allgemeine Staats-schuld.	Gold	Ware	Gold	Ware
Bavierreente	61.95	62.—	Nordwestbahn	111.— 111.50
Silberrente	63.25	63.35	Rudolfs-Bahn	118.— 118.50
Goldrente	73.95	74.05	Staatsbahn	246.50 247.—
Staatsloie, 1839	314.—	316.—	Südbahn	64.75 67.—
" 1854	109.25	109.75	Ang. Nordostbahn	116.— 116.50
" 1860	115.—	116.25		
" 1860 (Stcl.)	126.25	126.75	Pfandbriefe.	
" 1864	141.50	142.—	Bodenkreditanstalt	
			in Gold	112.— 112.25
Grundentlastungs-Obligationen.			in österr. Währ.	96.25 96.50
Sallien	85.25	85.50	Nationalbank	99.60 99.80
Siebenbürgen	74.—	75.—	ungar. Bodencredit	95.— 95.25
Lemejer Panat	75.25	75.75		
Ungarn	80.—	80.75	Prioritäts-Oblig.	
Andere öffentliche Anlehen.			Elisabethbahn, 1. Em.	92.75 93.—
Donau-Regul.-Vose	104.60	104.80	Herb.-Nordb. u. Silber	104.25 104.50
Ang. Prämienanlehen	79.70	79.85	Franz-Joseph-Bahn	85.40 85.60
Wiener Anlehen	90.40	90.60	Waltz-K-Ludwig, l. E.	100.— 100.50
Actien v. Banken.			West-Nordwest-Bahn	85.40 85.60
Kreditanstalt f. u. ö.	221.40	221.60	Siebenbürger Bahn	63.50 63.75
Escompte- u. C. n. ö.	—	—	Staatsbahn, 1. Em.	160.— 160.50
Nationalbank	789.—	790.—	Südbahn à 3 Pers.	109.75 110.—
			" à 5 "	96.50 96.75
Actien v. Transport-Unternehmungen.			Privatloie.	
Alföb-Bahn	117.50	118.—	Kreditloie	161.— 161.50
Donau-Dampfschiff	518.—	519.—	Rudolfsstiftung	15.50 16.—
Elisabeth-Westbahn	159.50	160.—		
Herbinants-Nordb.	2067	2072	Devisen.	
Franz-Joseph-Bahn	129.25	129.75	Venden	116.65 116.75
Waltz-Karl-Ludwig	226.—	226.50		
Yemberg-Ejerneritz	123.50	124.—	Geldsorten.	
Nord-Westgesellschaft	603.—	605.—	Dufaten	5.53 5.54
			20 Francs	9.33 9.34
			100 ö. Reichsmark	57.65 57.70
			Silber	100.— 100.—

Telegraphischer Kursbericht
am 17. Jänner.

Papier-Rente 61.95. — Silber-Rente 63.30. — Gold-Rente 74.—. — 1860er Staats-Anlehen 114.50. — Bankactien 789.—. — Kreditactien 221.80. — London 116.75. — Silber 100.—. — k. k. Münzducaten 5.53. — 20-Francs-Stücke 9.33. — 100 Reichsmark 57.65.